Alles, was Recht ist

Vorsicht bei Eigendiagnosen

Wer kennt sie nicht, die Patienten, die voller Überzeugung in die Praxis kommen und nicht nur genau wissen, was ihnen wo fehlt, sondern auch wie dies zu behandeln ist? Dass bei ihnen jedoch mindestens die gleiche Sorgfalt in der Anamnese geboten ist, wie bei jedem anderen Patienten, hat das Oberlandesgericht Koblenz deutlich gemacht: Ein selbstbewusster Patient darf nicht nachlässiger behandelt werden als andere. „Laienhafte Diagnosen“ seien mit „kritischer Distanz“ aufzunehmen, urteilte das Gericht. Zugrunde lag ein Fall, dessen Beginn sich bei einem Orthopäden abspielte. Bei diesem war ein 36-jähriger Mann vorstellig geworden, der über starke Schmerzen auf der linken Körperseite klagte. Da der Mann selbst Rettungssanitäter war, konnte er den Arzt davon überzeugen, dass es sich um einen eingeklemmten Nerv am Halswirbel handelt, der solche Schmerzen bereitete. Internistisch sei die Sache abgeklärt, betonte der sachkundige Mann selbstbewusst. Der Orthopäde entließ den Mann mit einer diagnostizierten Wirbelblockade. Zwei Stunden später starb der Rettungssanitäter infolge eines Herzinfarktes. Seine Ehefrau verklagte den Orthopäden. Das Gericht folgte der Anklage: Die unterbliebene internistische Abklärung trotz vorhandener Leitsymptome eines Herzinfarktes sei ein grober Behandlungsfehler. Das Oberlandesgericht Koblenz bestätigte die Entscheidung des Landgerichts. Ein Arzt sei unabhängig von seinem Fachgebiet gegenüber dem Patienten „verpflichtet, alles zur Erforschung und Behebung einer Erkrankung Erforderliche zu unternehmen“.

Az. 5 U 857/11

sas

Beachtung von Erkenntnissen

Nicht umsonst gibt es für Ärzte wie auch für Zahnärzte die Pflicht zur stetigen Fortbildung. „Wer rastet, der rostet“, sagt der Volksmund so schön, und da ist auch etwas dran. Denn es geht ja darum, neue wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Medizin aufzunehmen und im besten Fall auch umsetzen zu können. Versäumt ein Arzt diese Pflicht, kann dies im Zweifelsfall zu einer Verurteilung wegen eines groben Behandlungsfehlers führen, wie ein Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz zeigt. Zugrunde lag ein Fall, in dem eine Frau wegen einer misslungenen Narkose klagte. Die Folgen der Narkose hatten ihr noch tagelang zu schaffen gemacht. Vor der Operation hatte sie im Aufklärungsgespräch darauf hingewiesen, dass sie bestimmte Mittel nicht vertrage. Zwar konnte das Gericht weder Aufklärungs- noch Behandlungsfehler bei der konkreten Operation feststellen, die Anästhesie allerdings sei nicht mit der gebotenen Sorgfalt vorgenommen worden. Der Patientin hätte zusätzlich ein Mittel verabreicht werden müssen, das die Übelkeit mindert oder unterdrückt. Das Versäumnis der Anwendung sei als grober Behandlungsfehler zu werten, da die Erkenntnis, dass dieser bestimmte Wirkstoff die Übelkeitsbeschwerden infolge von Narkosen lindert, wissenschaftlich gesichert bereits im Jahr vor der Anästhesie der Patientin vorgelegen und in einer Fachzeitschrift veröffentlicht worden sei. Das Krankenhaus wurde zur Zahlung von Schmerzensgeld verurteilt.

Az. 5 U 1450/11

sas

Hier steht eine Anzeige.